

Steuern

## Wohin mit dem vielen Geld?: Baschi Dürr schlägt neues Steuermodell vor

**Der Kanton Basel-Stadt nimmt zu viel an Steuern ein. Der Ideenwettbewerb ist lanciert. Ein neuer Ansatz kommt ausgerechnet von einem Alt-Regierungsrat.**

Jan Amsler

Wer mehr Steuern bezahlt, soll mehr bestimmen, findet Baschi Dürr.

215 Millionen Franken – erneut hat der Kanton Basel-Stadt eine Jahresrechnung viel besser abgeschlossen als erwartet. Und zum ersten Mal ist die sogenannte Nettoschuldenquote negativ, das heisst, Basel-Stadt konnte alle Nettoschulden abbauen. Dem Kanton geht es so gut, dass er gleichzeitig dem Ruf nach Steuersenkung wie auch jenem nach mehr Investition gerecht werden kann. Dies hat Finanzdirektorin Tanja Soland bereits angekündigt. Am Freitag will sie nun ein neues Steuerpaket vorstellen.

Mit ein wichtiger Grund für die prall gefüllte Staatskasse ist in der Schuldenbremse zu finden: Vor mehr als 15 Jahren hat die Politik die Nettoschuldenquote zur relevanten Grösse erklärt. Daran war massgeblich Baschi Dürr beteiligt, damals noch Mitglied der parlamentarischen Finanzkommission, später Regierungsrat. Der freisinnige Ökonom wurde 2020 nicht wiedergewählt, nun ist er wieder in der Privatwirtschaft tätig und tritt unter anderem als Moderator des «Sonntags-Talk» auf Telebasel in Erscheinung.

### Disziplinierung der Politik

«Die Schuldenbremse ist ein Erfolg», sagt Dürr heute. Wenn sie auch nie direkt greifen musste, so habe sie doch zu einer Disziplinierung in der Politik geführt. Nun hat er eine andere, nicht weniger brisante Idee, was die Haushaltung mit dem Steuergeld betrifft: «Statt nur im Parlament auszukäsen, ob es eine neue Schwimmhalle oder eine noch grössere Universität, mehr Sozialarbeiter oder mehr Polizisten, Grünräume, Velostreifen oder Autobahnen braucht, soll diese Frage teilweise dem Steuerzahler selbst überlassen werden.» Konkret sollen die Steuerzahlenden auf der Steuererklärung ankreuzen können, wofür ihre Abgaben eingesetzt werden. Man spricht hierbei von «gebundenen Steuern».

Dürr versteht seine Idee als einen Beitrag zur aktuellen Diskussion, wie der Kanton mit den strukturellen Überschüssen umgehen soll. Der Gedanke dreht sich ums Spenden: Wer sein Geld für gemeinnützige Zwecke ausgibt, kann dies ja schon heute bei den Steuern teilweise zum Abzug bringen. Warum also nicht auch einen Teil der Steuern inhaltlich wie Spenden behandeln und deren Verwendungszweck den Steuerpflichtigen überlassen?

Wie gross dieser Anteil am Steuertotal sein soll, lässt Dürr offen, genauso wie die Definition der möglichen Bereiche, in die diese gebundenen Steuern fließen sollen. Auch könne «versuchsweise» mit einem kleinen Betrag gestartet werden. Wer mehr Sicherheit möchte, würde bei der Steuererklärung also «Polizei» ankreuzen, und wem die Bewältigung des Klimawandels

am Herzen liegt, die oder der wähle das Kästchen «Stadt bäume pflanzen».

### Mehr Demokratie ...

Dürr argumentiert, mit diesem Modell würde die Demokratie ausgebaut: Mitbestimmung durch Steuerzahlung. Davon würden auch die Ausländerinnen und Ausländer profitieren. Gerade im Hinblick auf die OECD-Steuerreform wäre das zudem eine Möglichkeit, den Standort für Fachkräfte attraktiver zu machen. «Die hervorragende finanzielle Ausgangslage würde es Basel-Stadt auf jeden Fall ermöglichen, einmal mehr Pionierarbeit zu leisten. Wie damals bei der Einführung der Schuldenbremse, die sich nun als so erfolgreich erwiesen hat», sagt Dürr.

Aber wäre es nicht viel einfacher, die Steuern zu senken? «Selbstverständlich» fordert auch Dürr, jetzt die Steuern deutlich zu reduzieren. Aber: «Realpolitisch ist wie immer ein Kompromiss zwischen Steuersenkungen und Mehrausgaben zu erwarten.» Und in diesem Kompromiss glaubt der Freisinnige, dass auch die Linke der Idee von gebundenen Steuern etwas abgewinnen könnte, zumal die Staatsquote gegenüber «normalen» Steuern unverändert bliebe.

### ... oder Plutokratie?

Doch Rot-Grün dürfte kaum daran interessiert sein, dass den Reichen mehr Macht zukommt. Auch Beat Hintermann, Professor für öffentliche Finanzen an der Universität Basel, findet den Vorschlag deshalb «problematisch»: Die Stimmkraft proportional zu den Steuerzahlungen zu gestalten, sei keine Anwendung von Demokratie, sondern vielmehr von Plutokratie, also einer Herrschaft der Reichen. Milder würde sein Urteil ausfallen, wenn alle Steuerpflichtigen das Budget mit derselben Stimmkraft mitgestalten könnten.

In Dürrs Vorschlag komme die Ansicht zum Ausdruck, dass das Steuergeld den Steuerzahlenden gehöre. Das könne man aber auch anders sehen, sagt Hintermann. Und zwar so, dass der Steuerfranken eben der Allgemeinheit zustehe und deshalb auch alle über die Verwendung bestimmen sollten. «Die Hoffnung, dass die reichsten Steuerzahlenden die Mittel so einsetzen, wie sie aus einer gesellschaftlichen Sicht am besten eingesetzt werden, ist eben nur das: eine Hoffnung. Und aus meiner Sicht keine besonders realistische.»

Die SP wiederum schlägt als Reaktion auf die volle Staatskasse vor, den Steuerfreibetrag anzuheben. Davon würden alle profitieren, am meisten die Menschen mit tiefen Einkommen. Allerdings würde das politische Machtverhältnis hierbei anderweitig verschoben, und künftig würde eine verhältnismässig grössere Zahl an Menschen, die gar keine Steuern bezahlen, über die Verwendung der öffentlichen Gelder befinden. Ob Finanzdirektorin Tanja Soland, selbst Sozialdemokratin, am Freitag dieses Modell vorstellt?